

## 1. Das Evangelium rein verkündigen, die Sakramente recht verwalten

Das JAHR DER BIBEL 2003 hätte es nahegelegt, den Ratsbericht für diese Frühjahrssynode auf ein einziges Thema zu beschränken: Die Bibel - Quelle und Richtschnur unseres Glaubens.

So war es auch ursprünglich meine Absicht. Dann hätte ich im November wieder die übliche Reihe der Themen und Problemanzeigen entfalten können. Aber es gab einige besondere Ereignisse, über die Sie Auskunft erwarten. Nicht zuletzt der Ökumenische Kirchentag, der unmittelbar bevorsteht, hat die Fragen des Verhältnisses von Eucharistie und Abendmahl erneut in den Vordergrund gestellt.

Der Rat der EKD hat im Januar zu Verständnis und Praxis des Abendmahls einen Text vorgelegt, der für den künftigen Dialog mit anderen Kirchen und für die innerevangelische Verständigung eine wichtige Positionsbeschreibung darstellt.<sup>1</sup> Papst Johannes Paul II. hat dann am Gründonnerstag mit seiner Enzyklika "Ecclesia de Eucharistia" die römisch-katholische Sicht entfaltet und unmittelbar vor dem Ökumenischen Kirchentag den Blick auf die noch nicht erreichte Gemeinsamkeit gelenkt.

Der Rat der EKD hat in seiner Stellungnahme bedauert, dass nach katholischem Verständnis eucharistische Gastfreundschaft nicht möglich ist, er hat aber die römische Position respektiert. Der Rat hat zugleich für die evangelische Kirche erklärt, dass sie alle Getauften, die nach den Regeln ihrer Kirche zum Abendmahl zugelassen sind, einlädt und dass diese frei sind, die Einladung anzunehmen, soweit sie dies mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

Texte wie die jüngste Enzyklika und die evangelische Reaktion darauf werden von vielen, die dem Kirchentag mit großer Erwartung für eine Annäherung in der Abendmahlfrage entgegengesehen haben, als Indizien einer ökumenischen Eiszeit bewertet.

Ich verstehe die Enttäuschung, aber ich stimme Kardinal Walter Kasper zu, der neulich in einem Vortrag gesagt hat: "Die Krise der Ökumene ist nicht etwa ein Zeichen ihres Misserfolges, sondern im Gegenteil ein Ergebnis ihres überwältigenden Erfolges. In dem Maße nämlich, als wir einander näher gekommen sind, spüren wir umso schmerzhafter, ja unerträglicher das, was uns trennt."<sup>2</sup>

Im Vorfeld des Kirchentages ist es bei aller Enttäuschung darüber, dass wir in der Frage eucharistischer Gastfreundschaft nicht aus unserer Asymmetrie herausgefunden haben, doch von besonderer Bedeutung, dass die Unterschiede benannt sind und wir die kontroversen theologischen Sachfragen mit Ernst zu klären beabsichtigen.

Dazu gehören der Respekt vor dem Gegenüber, die Achtung der besonderen Glaubensüberzeugung und die Anerkennung der spezifischen Berufung der anderen.

Darum war es ratsam, auf die jüngste Enzyklika mit Gelassenheit zu reagieren. Gelassenheit ist etwas anderes als bloße Freundlichkeit. Gelassenheit kann entstehen, wenn auf beiden Seiten das Bewusstsein dafür wächst, wie notwendig Klarheit nach innen und außen ist. Klarheit nach innen, damit meine ich die immer wieder neu zu leistende

---

<sup>1</sup> Das Abendmahl. Eine Orientierungshilfe zu Verständnis und Praxis des Abendmahls in der Evangelischen Kirche, Gütersloh 2003

<sup>2</sup> Walter Kasper, Gegenwärtige ökumenische Eiszeit und künftige Perspektiven der Ökumene, Vortrag anl. seiner Ehrenpromotion durch die Theologisch-Philosophische Hochschule der Pallottiner am 10.5.03 in Vallendar (Veröffentlichung ist durch die Hochschule in Kürze vorgesehen)

Selbstvergewisserung. Klarheit nach außen, damit meine ich den Vorgang, dass wir uns kenntlich machen und unser eigenes Profil zeigen. Das ist gerade in einer Zeit nötig, in der vieles gleich gültig und darum vielen gleichgültig wird.

Es gelingt uns freilich nicht immer, Selbstvergewisserung und Profilbildung auf der einen und die Würdigung all dessen, was uns mit anderen verbindet, auf der anderen Seite in Balance zu halten.

Darum verdient der ökumenische Dialog große Anstrengung bei der gemeinsamen Suche nach der Wahrheit. Das Ringen um die Überwindung der kirchentrennenden Folgen theologischer Differenzen verliert nicht an Bedeutung, wenn dabei auch redlich gestritten wird. Nur wer sich seiner eigenen Identität bewusst ist, wer seine Wahrheitseinsicht klar zu beschreiben weiß und die Position der anderen würdigt, auch wenn er sie nicht teilt, kann sich auf die Suche nach gemeinsamer Wahrheit begeben.

Klar sein und würdigen können - das wird uns wachsen lassen hin zur Einheit und wird uns helfen, die gemeinsamen Herausforderungen der Zeit zu bestehen. Kardinal Kasper hat in dem schon erwähnten Vortrag gesagt: "Die Welt braucht nicht unsere vereinigten Frustrationen, sondern unser gemeinsames Zeugnis der Botschaft des Evangeliums."

Dieses Zeugnis werden wir beim Ökumenischen Kirchentag abzulegen haben, und davon werden wir auch nicht lassen in der Zeit danach. Wir haben längst nicht ausgeschöpft, was wir gemeinsam tun können.

Zugleich muss die theologische Arbeit weitergehen an der zentralen Differenz, die in der Eucharistiefrage erneut sichtbar wurde - der Frage des kirchlichen Amtes.

Nicht nur in der Diskussion mit der römisch-katholischen und den orthodoxen Kirchen steht dieses Thema an. Wir haben auch innerhalb der evangelischen Tradition dringenden Klärungsbedarf.

Die lutherischen Kirchen in Skandinavien und Nordamerika neigen zu einem Amtsverständnis, das die bischöfliche Verfassung unter Einschluss einer historischen Sukzession als Einheitssymbol versteht. Das Einheitsmodell, das sich aus der Leuenberger Konkordie entwickelt hat und Leitbild der evangelischen Mitgliedskirchen ist, versteht die Kirche als "creatura verbi", d.h. es bindet die Einheit der Kirche an die Predigt des Evangeliums und die evangeliumsgemäße Verwaltung der Sakramente.

Die römische Kirche beruft sich darauf, dass der Kanon der Schrift, auf den wir uns gemeinsam berufen, und das Bischofsamt sich gleichzeitig herausgebildet hätten<sup>3</sup>, und leitet daraus das Bewusstsein ab, das römische Amtsverständnis sei schriftgemäß.

Evangelische Theologie sieht die Einheit der Kirche nicht in der Gestalt des zentralen Lehr- und Leitungsamts gewährleistet, weil das Neue Testament unterschiedliche Amtsformen spiegelt und in ihnen ein zentrales Leitungsamt jedenfalls fehlt.

Die Klärung zwischen diesen unterschiedlichen Einheitskonzepten wird nur im Hören auf die Heilige Schrift herbeigeführt werden können, die auch beim Dialog mit der römischen Kirche nicht ausgeschöpft ist.

## **2. "Ecclesia de verbo vivit" - die Bibel als Quelle und Richtschnur des Glaubens**

---

Wachsen in der Erkenntnis des Glaubens und in der Einheit geschieht im Hören auf die Heilige Schrift. Dem will das JAHR DER BIBEL dienen, das in ökumenischer Gemeinschaft verantwortet wird.

Evangelische Frömmigkeit ist in der Geschichte der reformatorischen Kirchen in erster Linie mit dem Lesen der Bibel verbunden gewesen. Wahrheit und Weisung für den Alltag, Trost und Lebenshilfe, Hoffnung im Leben und im Sterben haben sich im Lesen und Lernen der Bibel erschlossen.

Menschen kannten nicht nur Teile der Bibel auswendig, sondern ihre wesentlichen Geschichten und Weisheiten auch inwendig. Sie waren vertraut mit den Psalmengebeten und der Klage des Hiob ebenso wie mit den Geboten und den Trostworten. Sie kannten die Geschichten des Alten und Neuen Testaments und haben viele Sätze und Bilder für den eigenen Sprachumgang so verinnerlicht, dass sie zu geflügelten Worten geworden sind, die zum Teil bis heute bewahrt sind, oft ohne dass ihre Herkunft noch bewusst wäre. Etwa, wenn jemand sagt, da ist "der Tod im Topf" (2. Könige 4,40), oder wenn davor gewarnt wird, einander "eine Grube (zu) graben" (Prediger Sal 10,8), keine "Perlen vor die Säue (zu) werfen" (Matth 7,6), wenn es um Menschen geht, die "mühselig und beladen" sind (Matth 6,11), oder wenn einer im Leben "auf Sand gebaut" hat (Matth 7,26) oder wenn "die eine Hand nicht weiß, was die andere tut" (Matth 6,3) - dann ist die Bibel immer noch in aller Munde.

Inzwischen aber sind diese Praxis des Umgangs mit der Bibel und die daraus resultierende Vertrautheit weitgehend verloren gegangen. Die IV. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der EKD, deren Ergebnisse noch in diesem Jahr erscheinen werden, macht das auch statistisch deutlich: Bei der Frage, was evangelische Christen kennzeichne, landet das 'Bibellesen' auf dem letzten Platz unter den vorgegebenen Fragepunkten.<sup>4</sup>

Dieses Ergebnis ist nicht nur bedauerlich wegen des großen Verlustes für die persönliche Frömmigkeit und Lebenshilfe. Es ist nicht nur bedauerlich wegen des Verlustes eines wesentlichen Identität stiftenden Mediums für einen ganzen Kulturraum. Dieses Ergebnis ist auch bedrohlich für das Profil unserer evangelischen Kirche.

Die Bibel ist in den Kirchen der Reformation als Richtschnur der kirchlichen Glaubenslehre unverzichtbar. Ohne Bibelbezug ist die Kirche nicht mehr „creatura verbi“, sie vergisst gleichsam ihr Gegenüber, dem sie ihren Inhalt, ihre Aufgabe, ja ihre ganze Existenz verdankt. Es gibt keinen anderen Zugang zum Wort Gottes als durch die Bibel. Eine evangelische Kirche ohne die Bibel wäre wie ein Wald ohne Bäume, wie ein Vogel ohne Federn oder - für die Modernen - wie ein Computer ohne Speicher.

Allerdings sichert diese fundamentale Bedeutung der Bibel für die Kirchen der Reformation keineswegs ihre Einheit. Der Neutestamentler Ernst Käsemann hat prägnant formuliert: Die Bibel begründet die Vielfalt der Konfessionen, nicht aber die Einheit der Kirche.<sup>5</sup>

Die Lösungen, die in den Anfängen der Kirche gefunden wurden, lohnen ein genaues Hinsehen und haben sich – wie ich meine – auch bis heute bewährt:

---

<sup>4</sup> Weitere Kennzeichen für „Evangelisch-Sein“, die in der IV. Mitgliedschaftsuntersuchung des EKD angesprochen werden, sind: Getauftsein, Konfirmation, Kirchengang, Abendmahlspraxis, Wertschätzung des eigenen Gewissens, Respektierung der 10 Gebote, Wahrnehmung von innerkirchlichen Dingen, Orientierung an Jesus, Selbstbestimmung in Glaubensfragen, Gutes tun, Bemühen um ein anständiges Leben, bewusstes Bekennen des eigenen Christseins, Achtung der Freiheit anderer.

<sup>5</sup> Ernst Käsemann, Begründet der neutestamentliche Kanon die Einheit der Kirchen? in: Exegetische Versuche und Besinnungen I. Göttingen 1960, S. 221

- Die verbindlichen Schriften wurden ausgewählt und der Kanon der Bibel entstand;
- Kernpunkte der biblischen Botschaft wurden als Glaubensbekenntnis formuliert;
- Gemeinden gaben sich aus der Erfahrung der Schrift heraus Leitungsstrukturen.

Die Reformatoren setzten diese Lösungen der Alten Kirche zwar voraus, verlangten aber eine klare Vorrangstellung der Autorität der Heiligen Schrift gegenüber der Kirche, denn sie trauten der Schrift nicht zuletzt wegen ihrer inneren Pluralität letztlich mehr Weisheit zu als Kathedern und Konzilien. Deshalb ist es reformatorische Grundüberzeugung, die Vielfalt der biblischen Überlieferung zu achten, sie als Gewinn für das Leben zu begreifen und dabei den Grundsatz zu wahren, dass die Bibel die einzige und zentrale Quelle und Norm unseres Glaubens ist. Freilich dürfen wir die damit verbundenen Probleme nicht verschweigen. Angesichts der Zeugnisvielfalt in der Heiligen Schrift und der Stimmenvielfalt ihrer Ausleger müssen wir nach ihrer inneren, theologischen Mitte fragen. Martin Luther hat in einer seiner Vorreden zur „Deutschen Bibel“ darauf hingewiesen, was die Mitte der Heiligen Schrift ist: „das, was Christum treibet“<sup>6</sup>. Das heißt, wir sind immer und überall gehalten, danach zu fragen, was Botschaft und Willen, Person und Werk Jesu entspricht. Doch davon wiederum wissen wir nur in Form des biblischen Zeugnisses. Entsprechend ist das Verhältnis zwischen Schriftauslegung und Bestimmung der Schriftmitte ein Zirkel, ein Erkenntniskreislauf.<sup>7</sup> Die Heilige Schrift ist und bleibt die begründende Norm für alle Glaubensaussagen (norma normans), die Bekenntnisse sind abgeleitete Normen (norma normata). Zwischen diesen beiden muss es stets gegenseitige Klärung und Erläuterung geben.

Die evangelische Kirche hat bei ihrer Suche nach einheitlichen Aussagen in der Vergangenheit nicht selten Anleihen beim jeweiligen Zeitgeist gemacht und den Horizont der Gegenwartsfragen gleichsam als einen „geliehenen Deutungsrahmen“ übernommen. Die evangelische Kirche kommt damit den Fragen der Menschen und der historischen Situation der Gesellschaft nahe und hat sich so in das jeweils aktuelle Leben „hineingewagt“. Diese Kompetenz sollte man nicht pauschal als illegitime Anpassung diskreditieren. Allerdings ist der Preis für solche jeweilige Nähe zur Gegenwart nicht zu übersehen: Evangelische Theologie und evangelische Kirchenleitungen haben sich oft durch fremden Geist in der Bibellektüre beeinflussen lassen und sich abhängig gemacht von schnelllebigen Moden. So haben sie manchen Sündenfall der Geschichte mitgemacht: vom übertriebenen Nationalismus bis zum Antisemitismus, vom Rationalismus bis zum Glauben an den unaufhaltsamen wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Gott sei Dank hat evangelische Theologie immer wieder die Kraft gefunden, Gegenbewegungen hervorzurufen, Fehler und Schuld zu bekennen und aus Irrtümern zu lernen: vom Pietismus der frühen Neuzeit bis zu den Erweckungsbewegungen des 19. Jahrhunderts, von den Autoren der „Barmer Theologischen Erklärung“ bis zu den Aufbrüchen der Kirchentage.

Evangelische Christen und Christinnen werden die Vielfalt der Glaubenszeugnisse selbstbewusst verteidigen. Dies bewahrt davor, die Bibel zum „papiernen Papst“ zu machen, und erinnert daran, dass jeder getaufte Christ, jede getaufte Christin – egal ob Theologe oder Laie, ob Mann oder Frau - gleichberechtigten Zugang zur Bibel und die Kompetenz zum geistlichen Urteil für den eigenen Glauben hat. Inwieweit die Wahrheit eines persönlichen Glaubenszeugnisses für andere verbindlich sein kann, muss freilich am Maßstab der Heiligen Schrift gemessen werden. Nur im gemeinsamen Suchen nach der Wahrheit der Bibel können dann für Alle verbindliche Entscheidungen gefällt werden.

Dies gilt auch im Blick auf die Frage der „gottesdienstlichen Segnung“ von Menschen in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. In diesem Konflikt ist es in unserer Kirche bisher nicht gelungen, zu einer wirklichen Klärung in der Orientierung an der Heiligen Schrift

---

<sup>6</sup> in: "Vorrede auf Episteln St. Jakobi und Judas": WA DB 7, S.384, Z.26ff

<sup>7</sup> treffend in dem Text „Vom Gebrauch der Bekenntnisse“ (EKD-Text 53) beschrieben.

zu kommen. Weil aber nach meiner Überzeugung mit der Entscheidung dieser Frage nicht die Kirche steht oder fällt, plädiere ich dafür, die unsachgemäße Aufgeregtheit aus diesem Konflikt herauszunehmen. Bei allen Beratungen ist darauf zu achten, dass nicht die jeweils andere Seite schon zu Verrätern an der Sache des Evangeliums gestempelt wird. Man kann in vielen Details der theologischen wie der ethischen Bewertung von Homosexualität unterschiedlicher Meinung sein, wie das auch für andere ethische Streitfragen zutrifft. Gerade darum ist es geboten, in den Synoden keine Mehrheitsentscheidungen zugunsten einer Option zu treffen, die eine beachtliche Minderheit schweren Gewissenskonflikten aussetzt. Lassen Sie uns gemeinsam unter dem Wort der Heiligen Schrift bleiben, wohl wissend, dass sich unter diesem Dach auch Überzeugungen finden, die mit den je eigenen Glaubenseinsichten nicht oder nur schwer vereinbar sind. Schenken wir uns gegenseitig die Zeit, in der Auseinandersetzung um diese und andere Fragen zu wachsen. Nur so kann in unserer Kirche ein Verständnis der Bibel reifen, das eines Tages als „magnus consensus“ festgestellt wird und von dem her dann auch die anstehenden Fragen beantwortet werden können. Der „magnus consensus“ wird uns nicht ohne Mühen geschenkt, er lässt sich freilich auch nicht erzwingen.

Der eigentliche Grund für die Pluralität der Bibelauslegungen ist theologischer Natur, denn Gott äußert sich über das Medium der Heiligen Schrift indirekt. Die Bibel ist Wort Gottes in Menschenmund, sie ist sprachlich verdichteter Niederschlag von Gottese Erfahrung, die über Generationen tradiert worden ist und im Kanon der biblischen Bücher schriftlich fixiert vorliegt. Diese indirekte Selbstmitteilung hat zur Folge, dass es die Möglichkeit unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Auslegung der Hl. Schrift gibt. Es ist Teil unserer Freiheit, dass wir wissen und verstehen wollen, aber wir müssen uns der Grenzen dieser Freiheit bewusst bleiben. „Niemand hat Gott je gesehen“, sagt die Heilige Schrift (Joh 1,18) und warnt davor, menschliches Einsichtsvermögen zum Maßstab des Willens Gottes zu machen.

Auf eine kurze Formel gebracht: Die Bibel ist Gotteswort im Menschenwort. Dieser Charakter der Bibel macht es ebenso möglich wie notwendig, sie historisch-kritisch zu betrachten und zu erforschen. Denn die Bibel ist nüchtern betrachtet und wissenschaftlich studiert ein Buch wie andere auch. Über ihre Entstehungszeit, ihre verschiedenen Verfasser und die Strömungen und Bewegungen im Hintergrund Bescheid zu wissen ist ein ebenso spannender wie nützlicher Erkenntnisweg. Der ist theologisch nicht nur legitim, sondern geboten, weil nicht der Wortlaut der Bibel, sondern ihr Inhalt der eigentliche Glaubensgegenstand ist. Die evangelische Kirche lehrt keine Verbalinspiration, sondern eine Realinspiration; die Botschaft der Bibel ist gottgewirkt, nicht der Wortlaut. Wenn es etwa im 1. Petrusbrief<sup>8</sup> und im bewussten Rückgriff darauf am Ende der Barmer Theologischen Erklärung heißt: Verbum dei manet in aeternum – dann ist damit nicht die Ewigkeits-Garantie für den Buchstabenbestand gemeint, sondern die umfassende Gültigkeit des Inhalts der Verheißungen Gottes. Das Verstehenwollen mindert nicht die Liebe zum Wortlaut, im Gegenteil: Es vertieft die Wertschätzung für jede noch so kleine Textvariante. Wörtlich genommen und ohne kritische Distanz gelesen ist die Bibel ein spannendes, aber streckenweise auch ein schwer verdauliches Buch. Neben den lebensschützenden Geboten und dem unüberhörbaren Ruf zur Gewaltlosigkeit erzählt es auch von Völkermord, es enthält diskriminierende Vorschriften und patriarchale Gottesbilder. Deswegen ist die historisch-kritische Methode befreiend; sie macht sperrige Aussagen aus ihrem Kontext heraus besser verstehbar. Wenn dann wieder einmal ein Kritiker im STERN, SPIEGEL oder FOCUS daherkommt und mit dem Brustton der Neuentdeckung feststellen zu müssen meint, dass ja so vieles historisch gar nicht stimme, was im „Buch der Bücher“ stehe, dann rennt er bei uns nur offene Türen ein. Denn diese Einwände begründen letztlich nur das,

---

<sup>8</sup> Vgl. 1. Petr 1,25. Dort wird Jes 40,8b zitiert: „Das Gras verdorrt, die Blume verwelkt, aber **das Wort unseres Gottes bleibt ewiglich**“; vgl. auch Ps 119,89: „HERR, dein Wort bleibt ewiglich, so weit der Himmel reicht“; Lk 21,33: „Himmel und Erde werden vergehen; aber meine Worte vergehen nicht“.

was der Glaube immer schon immer gewusst hat: Die Bibel ist kein Beweis für historische Richtigkeiten, sondern Ausdruck des Glaubens.

Die Geschichten der Bibel wollen den Menschen mitten im Leben treffen und ihn für den Glauben gewinnen. Die Bibel bleibt nicht im Mythos stecken, sondern deutet reale Lebens- und Geschichtserfahrung auf Gott hin und von Gott her.

Daher öffnet sich die Bibel dem historisch-kritischen Fragen und den daraus entstehenden existentiellen Zweifeln einer nachkritischen Wahrnehmung und einer neuen Bibelfrömmigkeit. Die Menschen, die sich darauf einlassen, erkennen, dass die Geschichten der Bibel, die sich um einen historischen Kern bildeten, mit dem Heiligen Geist durchsetzt sind. Die Bibel hat eigentlich nur ein Thema, dieses aber in unendlich vielen Variationen: der Mensch vor Gott und Gott für den und mit dem Menschen. Erfahrungen, Katastrophen, Überraschungen, alles, was Menschen erleben können, betrachtet die Bibel im Licht Gottes. Das ist überraschend für viele, ja sogar fremd – und doch so heilsam für diese Welt.

Nachkritische Bibelfrömmigkeit, die die historisch-kritische Erforschung zu schätzen weiß und den Klang der Güte Gottes zwischen den beiden Buchdeckeln zu hören vermag, ist durch mindestens drei Aspekte geprägt:

a) Sie kann staunen über Gott und seine Gegenwart in der geschaffenen Welt, staunen über Jesus Christus und das Leben in Freiheit und staunen über den Heiligen Geist, der uns trösten und halten will auch in schweren Zeiten. Die Bilder und Gleichnisse, Symbole und Legenden der Bibel erschließen sich von da her in ihrer Fülle. Ausschmückungen und Entfaltungen entstellen die Geschichten nicht, sondern helfen, sie tiefer und reicher zu erleben.

b) Nachkritische Bibelfrömmigkeit bleibt demütig und bescheiden, weil sie historisch-kritisch geschult ist. Wer sich einmal auf die Geschichte der biblischen Literatur und ihre Wirkungsgeschichte eingelassen hat, der weiß, dass das Wort Gottes immer wieder auch für innerweltliche Zwecke und Machtabsichten missbraucht wurde. Das macht außerordentlich zurückhaltend bei der Behauptung, dieses oder jenes Handeln entspreche nun exakt dem aus der Bibel ablesbaren Willen Gottes.

c) Aus nachkritischer Bibelfrömmigkeit entsteht eine neue Liebesbeziehung! Es ist die Liebe zu einem Buch, das schon durch unendlich viele Hände gegangen ist, dessen Missbrauchsgeschichte bekannt und bestürzend ist, dessen relative Wehrlosigkeit nicht zu bestreiten ist, aber dessen Botschaft dennoch bis heute widerhallt. Tonangebend sind dabei die Begegnungen mit dem Auferstandenen. „Als es schon Morgen war, stand Jesus am Ufer ...“ (Joh 21,4) heißt es im letzten Kapitel des Johannesevangeliums. Hier erklingt die Musik des Trostes und der Befreiung aus der Vergeblichkeit des Alltags. Hier ertönt die Einladung, das Leben gemeinsam zu gestalten.

### **3. Friedensethische Bilanz nach dem Irakkrieg**

Die ersten Monate dieses Jahres, liebe Schwestern und Brüder, waren geprägt von der politischen Diskussion um den Irakkrieg: Zuerst war da die Angst, weil der Krieg drohte, verbunden mit der Hoffnung, der Krieg könnte verhindert werden. Danach wurden wir überflutet mit den alltäglichen Nachrichten über Bombardierungen, Gefechte und Kämpfe. Ich bin froh, dass dem Diktator Saddam Hussein die Macht genommen wurde. Ich bin dankbar, dass dieser Krieg kürzer war und vermutlich weniger Tote gefordert hat, als viele befürchtet haben. Doch wer daraus nun schließen wollte, der Erfolg heilige die Mittel und alle ethischen Bedenken seien damit erledigt, der irrt sich ebenso wie die, die fordern, unser Widerspruch gegen diesen Krieg müsse nun zurückgenommen werden.

Der Rat der EKD hat sich mit guten Gründen gegen diesen Krieg ausgesprochen und andere Lösungswege gefordert. Im Januar 2003 hat der Rat bei seiner Sitzung in Tutzing die

friedensethische Grundhaltung der EKD, wie sie im Ratsbeschluss vom September vorigen Jahres und in der Entscheidung der Synode der EKD vom vergangenen November festgehalten war, bekräftigt und dabei festgestellt: *„In großer Übereinstimmung mit den anderen christlichen Kirchen in Deutschland und in der Welt lehnen wir beim gegenwärtigen Sachstand aus ethischen wie aus völkerrechtlichen Gründen einen Angriff auf den Irak ab. Wir fordern, dass den Vereinten Nationen alle nach wie vor vorhandenen anderen Möglichkeiten belassen werden, das Ziel der Entwaffnung des Irak zu verwirklichen und damit der Sicherheit und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu dienen.“*

Wir haben in dieser Erklärung den Anteil Saddam Husseins an diesem Konflikt herausgestellt. Wir sahen allerdings zu dem damaligen Zeitpunkt – wie auch noch heute – weder ausreichenden politischen Grund noch hinreichende Beweise, die es gerechtfertigt hätten, den Diktator durch einen Angriffskrieg zu entmachten. Die unilaterale Anwendung von Gewalt und Krieg kann kein verheißungsvoller Weg sein, mit den verbleibenden zahlreichen Diktaturen in dieser Welt fertig zu werden. Es müssen andere politische Möglichkeiten gefunden werden, Diktatoren in Schach zu halten und sie dazu zu bringen, die Menschenrechte zu achten. Noch immer werden - auch von den USA - Gangster an der Spitze anderer Staaten geduldet, solange sie nützlich erscheinen und obwohl sie ihr Volk nicht weniger drangsalieren als einst Saddam Hussein.

Im Sinne evangelischer Friedensethik ist „jeder Krieg ... ein so großes Übel, dass der Einsatz militärischer Gewalt von der Politik nur im äußersten Notfall erwogen werden darf und auch dann noch unentrinnbar mit Schuld verbunden bleibt. Jeder Krieg bringt Elend über viele Unschuldige und erreicht oft nicht einmal die Ziele, um derentwillen er geführt wird.“<sup>9</sup> In dieser Position sind wir uns einig mit vielen ökumenischen Partnerkirchen, auch und besonders mit der römisch-katholischen Kirche. Papst Johannes Paul II. hat die Ablehnung dieses Krieges aus katholischer Sicht immer wieder dargestellt. Bei einem Treffen mit Kirchen aus Europa und den USA im Februar und bei der anschließenden Reise einer Delegation des Rates in die USA wurde deutlich: Kaum eine der amerikanischen Kirchen war für diesen Krieg. Weltweit haben viele christlichen Kirchen gemeinsame friedensethische Grundüberzeugungen vertreten können und damit offenkundig gemacht: Als der Präsident der Vereinigten Staaten unter Betonung seiner persönlichen christlichen Glaubensüberzeugung zum Krieg aufrief, tat er dies nicht mit Billigung, sondern unter dem ausdrücklichen Protest der Kirche, der er selber angehört, und vieler anderer Kirchen.

Immer wieder wurde der Vorwurf erhoben, die Ablehnung dieses Krieges sei antiamerikanisch und die EKD unterstütze den Antiamerikanismus mancher Teile der deutschen Friedensbewegung. Dies ist ein Irrtum: Wer eine politische Entscheidung des Präsidenten der Vereinigten Staaten kritisiert, lehnt damit weder das amerikanische Volk noch die amerikanische Demokratie ab. Es ist nicht antiamerikanisch, wenn die EKD zusammen mit ihren Partnerkirchen in den USA einmütig diesen Krieg ablehnt. Bei unserer Reise durch Amerika wurde auch deutlich, dass die dortigen Kirchen die friedensethische Position der EKD als Ausdruck der Solidarität von Schwestern und Brüdern in der Gemeinschaft der Ökumene verstanden haben.

Auch der Hinweis, die Alliierten hätten vor 58 Jahren Auschwitz mit militärischen Mitteln befreit, ist nicht überzeugend. Keiner der Alliierten – auch die Amerikaner nicht – hat damals militärische Gewalt eingesetzt mit dem Ziel die unmenschlichen und barbarischen Konzentrationslager der Deutschen zu beseitigen. Die historischen Belege über frühe Kenntnisse der Amerikaner und Briten von den Gräueln der Konzentrationslager liefern eher den beschämenden Beweis des Gegenteils. Obwohl man um die Massenvernichtung wusste, hat man gezögert, Hitler gezielt das Handwerk zu legen. Wer solche Vergleiche bemüht, muss dann auch fragen, wie viele jüdische und andere Opfer hätten überleben können, wenn andere politische Konsequenzen etwa aus Geheimdienstinformationen gezogen worden wären. Doch solche Fragen führen nicht weiter. Es ist eine grundsätzlich andere Situation, ob ein Aggressor angegriffen wird oder ob mit präventiver Gewalt versucht wird, einem Diktator die Macht zu nehmen, der offenbar keinen seiner Nachbarstaaten mehr hätte ernsthaft gefährden können.

---

<sup>9</sup> Erklärung des Rates der EKD vom 24. Januar 2003

So weit der Blick zurück. Für die Urteilsbildung und das Handeln der christlichen Kirchen und der EKD in der Zukunft bleibt maßgeblich und handlungsleitend:

- 1. Der Einsatz militärischer Gewalt darf nur im äußersten Notfall erwogen werden, d.h. wenn alle anderen Möglichkeiten der Konfliktlösung oder der Gefahrenabwehr nichts helfen. Für die Bekämpfung des Terrors sind militärische Mittel kontraproduktiv, soweit ihr Einsatz beim Unterlegenen die Verwendung terroristischer Gewalt sogar noch fördert.
- 2. Androhung und Ausübung von Gewalt zur Verteidigung oder Wiederherstellung von Recht und Frieden müssen sich an den Rahmen des internationalen Rechts halten. Krieg kann und darf nicht zu einem normalen Instrument nationaler Außenpolitik werden. Der präventive Einsatz militärischer Gewalt, wie er von manchen jetzt gutgeheißen wird, destabilisiert mittel- und langfristig den internationalen Frieden.
- 3. Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet ihre Mitgliedstaaten dazu, ihre Konflikte grundsätzlich friedlich beizulegen. Das Völkerrecht ist dahin gehend zu prüfen und weiterzuentwickeln, dass zwischenstaatliche Institutionen gestärkt und mit wirksamen Instrumentarien ausgestattet werden, um Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Durchsetzung zu verhelfen. Dazu gehört auch die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs.
- 4. Die Kirchen bleiben dem Ziel des gerechten Friedens verpflichtet. Die Christenheit, besonders die christlichen Kirchen in Europa, hat in Jahrhunderte langen Lernprozessen begriffen, dass es keine heiligen Kriege geben kann und darf. Meine persönliche Kritik gilt daher jeglicher religiöser Legitimierung von Kriegen. Ich halte die Begriffe „Dschihad“ und „Gotteskrieger“ für ebenso problematisch und unangemessen wie die Kategorie „crusade“ oder das Modell des „gerechten Krieges“.

Der Rat der EKD hat in seinen friedensethischen Stellungnahmen seit 1994 vor einem erweiterten Begriff von „nationaler Sicherheit“ gewarnt, der die Gefahr einer weltweiten „Kanonenbootpolitik“ heraufbeschwören könne. Der Rat warnte auch vor der Tendenz zu einseitigen Entscheidungen über die Anwendung militärischer Zwangsmittel ohne Rückbindung an die in der Charta der Vereinten Nationen angelegte Ordnung. Er sah in solchen Tendenzen eine Unterhöhnung des geltenden Völkerrechts und eine „gefährliche Fehlentwicklung“. Der Friede lässt sich nicht militärisch schaffen, sondern nur politisch, ökonomisch, sozial und humanitär gewinnen. Recht und Gerechtigkeit sind dabei grundsätzliche Voraussetzungen. In diesem Zusammenhang ist auch die zivile oder konstruktive Konfliktbearbeitung von Bedeutung.

Jetzt wenden sich die Erwartungen der politischen Zukunft des Irak zu. Bis zum Aufbau stabiler demokratischer Strukturen wird es lange dauern. Vordringlich ist zunächst die Arbeit der internationalen Hilfskräfte, die sich am Wiederaufbau des Irak beteiligen wollen. Die Menschen im Irak brauchen Zeichen dafür, dass sie von der Völkergemeinschaft nicht alleine gelassen werden. Die bessere Gerechtigkeit, die größere Humanität, die die Kriegführenden dem Irak bringen wollten, muss sich auch in dieser Frage bewähren. Sonst ist wohl der Krieg gewonnen, nicht aber der Frieden.

Ein letzter Gesichtspunkt, der mir besonders wichtig ist: Der entscheidende Beitrag der christlichen Kirchen zum weltlichen Frieden besteht im unablässigen Gebet für den Frieden und in der Feier der Versöhnung Gottes mit uns Menschen, wie sie in den Sakramenten ebenso wie im Hören auf die Stimme des Auferstandenen im Wort der Heiligen Schrift und in der Predigt erfahrbar wird. Alles christliche Friedenshandeln gewinnt seine Kraft aus lebensstärkendem Gottesdienst und sollte wieder in ihn einmünden, um sich nicht im politischen Aktionismus zu erschöpfen. Viele Christen und Christinnen haben in den letzten Wochen und Monaten Trost und Hoffnung in Gottesdiensten gesucht und - da bin ich sicher - auch gefunden. Im Gottesdienst eröffnet der lebendige Christus uns eine Sicht dieser Welt,

die uns hilft, ihr Leid und Elend auszuhalten, und mit der er uns zugleich Mut macht, dagegen anzugehen.

Ich habe an dieser Stelle nur einige Aspekte der friedensethischen Diskussion darstellen können. Ich bin dankbar für die Einmütigkeit, die wir in der EKD und im ökumenischen Gespräch in dieser vitalen Zukunftsfrage entwickelt haben. Unser Protest hat den Krieg nicht verhindert, aber er hat der islamischen Welt gezeigt, dass wir selbst das tun, was wir von allen Religionen erhoffen: die Friedenspotenziale stark machen. Hinter den erreichten Stand der friedensethischen Einsichten dürfen wir nicht zurückfallen.

#### **4. Mut zu Reformen**

Derzeit wird in unserer Gesellschaft lebhaft gestritten über die Reform des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme.

Politik braucht Mut zu Reformen. Die gegenwärtige politische Diskussion um die Agenda 2010, das Hin und Her zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien, die Diskussionen in den Gewerkschaften und Verbänden machen verständlich, wie schwer es den politischen Akteuren fällt, Reformschritte in die Wege zu leiten. Obgleich allen klar ist, dass in der Rentenpolitik, in der Gesundheitspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik dringend gehandelt werden muss, leidet das Land an den Selbstblockaden der Akteure. Sie erwecken zumindest den Eindruck, dass sie alle miteinander eine Art Mikado spielen: Der erste, der etwas bewegt, hat verloren.

Das mag damit zusammenhängen, dass sich die Bedeutung des Begriffs „Reform“ radikal verändert hat.

In der Aufbauphase Westdeutschlands und bis in die Mitte der 70er Jahre, nämlich bis zu den ersten beiden Ölkrisen (um auch auf die externen Gründe einmal hinzuweisen), verstanden wir unter Reformen zweierlei: erstens den Abbau der gesetzlichen Hindernisse der persönlichen Lebensgestaltung, also die Liberalisierung unserer Gesellschaft, und zweitens den Aufbau unserer gesetzlichen sozialen Ansprüche, die Verdichtung der sozialen Netze und der staatlichen Daseinsvorsorge. Inzwischen hat der Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge die Grenzen der Finanzierbarkeit erreicht.

Im Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 haben die Kirchen bereits darauf hingewiesen, dass die Menschen lernen müssen, auf einzelne lieb oder bequem gewordene Ansprüche zu verzichten – und zwar nicht, weil der Sozialstaat demontiert werden soll, sondern weil er erhalten werden muss. So heißt es etwa in Ziff. 15 des Gemeinsamen Wortes: *„Im Rahmen des gegenwärtigen Systems sozialer Sicherung sind allerdings, um die finanzielle Stabilität zu gewährleisten, spürbare Änderungen nötig. Dazu gehören auch strukturelle Änderungen, durch die die einzelnen an Verhaltensweisen zu Lasten der Versicherungsgemeinschaft gehindert werden. Anspruchsberechtigung und Leistungsverpflichtung müssen spürbarer aneinander gekoppelt werden. Das nötigt auch zu Einschnitten bei den sozialen Leistungen. Sie werden nur im Streit zustande kommen.“*

Hieß Reform früher: Alle bekommen mehr, und es wird besser, so bedeutet Reform inzwischen: Nur durch Verzicht und durch Einschränkung kann es besser werden. Alle müssen Einschnitte in den Besitzstand hinnehmen, damit der Kernauftrag des Sozialstaates überhaupt noch erfüllt werden kann. Ein solches politisches Paradox zu vertreten und durchzusetzen kostet Mut. Denn es ist für die Menschen zumeist nicht einsichtig, dass ausgerechnet die sie betreffenden Maßnahmen den gewünschten Effekt einer Besserung und zukünftigen Sicherung bewirken werden. Mein Aufruf „Mut zu Reformen“ vom Januar dieses Jahres galt und gilt dem Ziel, dass wir uns gemeinsam diesem Paradox stellen. Es gelingt den politischen Akteuren selbst im jeweils eigenen Lager nur mit äußerster Mühe, konkrete Zielvorgaben zur Veränderung des Sozialstaates plausibel und damit mehrheitsfähig zu machen. Dennoch gibt es keinen anderen Weg, als ein Bündel von Reformmaßnahmen auf den Tisch zu legen und nach sorgfältiger Prüfung konkrete Schritte zu beschließen. Die Menschen müssen wissen - und zwar je eher, desto besser -, welche Veränderungen auf sie

zukommen, welche langfristigen Vorteile mit Einsparungen gewonnen werden und welcher Nutzen für alle damit verbunden ist.

Vor allem aber müssen sich Menschen davon überzeugen können, dass nicht nur denjenigen Einschränkungen zugemutet werden, die am Rand der Gesellschaft stehen. Es wäre für die Diskussion im Lande förderlich und für die Akzeptanz von politischen Entscheidungen hilfreich, wenn es Bestandteil der Reformen ist, dass Steuerschlupflöcher gestopft, dass Steuerflucht und Steuerhinterziehung mit Nachdruck bekämpft und deutlich erschwert werden.

Dass sich die Kirchen in dieser Lage zu Wort melden, obwohl sie selber genauso mit Sparzwängen zu kämpfen haben, hat weniger mit der Sorge um ihre eigenen Finanzen zu tun; es hat auch nichts mit ihrer Rolle als große Arbeitgeber zu tun. Vielmehr verfügen die Kirchen über einen Schatz von Werten und Erfahrungen, die für das Gerechtigkeitsverständnis und den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft grundlegend sind. Dazu gehört allem voran die Zukunftsperspektive des Glaubens, die ja mehr ist als politischer Optimismus. Christen unterscheiden zwischen Selbstvertrauen und Gottvertrauen, nicht um menschliche Kraft klein, sondern um den Mut vor den anstehenden Herausforderungen groß zu machen. Es geht darum, Ängste abzubauen, Egoismen zu überwinden und Fixierungen auf Althergebrachtes zu lösen, ohne das wirklich Bewährte über Bord zu werfen.

Mose – um ein Beispiel in diesem Sinne zu nennen – sollte sein Volk aus der Sklaverei auf eine lange Wanderschaft führen. Nachdem die Freiheit gewonnen war, erwies sich der lange Weg zum besseren Ziel als äußerst mühsam. Und sogleich standen die bequemen Fleischtöpfe Ägyptens vor Augen – deren daseinssichernde Funktion allerdings nur um den Preis der Freiheit zu haben gewesen wäre. In dieser Geschichte heißt es: „Das Volk aber murzte ...“, denn der Weg durch die Wüste ist lang und entbehrungsreich.

Nun lassen sich religiöse Erzählungen keineswegs direkt in Politik übersetzen, schon gar nicht im Verhältnis eins zu eins. Aber auf das Experiment, dass ein Gemeinwesen auch dadurch gedeihen kann, dass es sich aus dem gewohnten Gehäuse des Status quo herausbewegt, kann man sich leichter einlassen, wenn man solche Geschichten kennt und wenn man von daher weiß, dass sich die Gegenwart eben nicht im Verhältnis eins zu eins in Zukunft übersetzen lässt, erst recht dann nicht, wenn man sie im Grunde schon heute nicht mehr bezahlen kann.<sup>10</sup>

Der Ruf nach Reformen ist in unserer Situation kein Ruf in ein völlig unbekanntes Land. Denn niemand kann ernsthaft den grundsätzlich bewährten Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft abschaffen wollen. Wir müssen vielmehr einen erneuerten Zustand des Sozialstaats erreichen, in dem die grundgesetzlichen Verpflichtungen zur gemeinschaftlichen Daseinsvorsorge auch langfristig eingehalten werden können. Dabei darf die Verantwortung gegenüber den Schwachen auf keinen Fall über Bord geworfen werden. Ja, ohne einen ausreichenden Schutz für die Schwachen gibt es keinen Sozialstaat, der diesen Namen verdient. Der Streit geht gegenwärtig auch darum, welches Schutzniveau ausreichend ist.

Medial aufgeschäumte Parolen und parteipolitische Schachzüge sind wenig hilfreich, vielmehr brauchen wir seitens unserer gewählten Volksvertreter den Mut zur Wahrheit und

---

<sup>10</sup> Vgl. Gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997, dort Ziff. 6: „Die Qualität der sozialen Sicherung und das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft bedingen einander. ... Verteilt werden kann nur das, was in einem bestimmten Zeitraum an Gütern und Dienstleistungen erbracht worden ist. Wird dieser Sachverhalt ignoriert und das gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen dauerhaft durch einen überproportionalen Anstieg der vom Staat vorgenommenen Umverteilung überfordert, dann werden die finanziellen Fundamente der sozialen Sicherung unterpült.“

das Zutrauen in die Einsichtsfähigkeit mündiger Bürgerinnen und Bürger, die ja durchaus auch Bereitschaft signalisieren, Lasten mit tragen zu helfen, wenn sie denn gerecht verteilt sind.

Es ist nicht die Aufgabe der Kirchen, Vorschläge im Detail zu machen. Diesen Auftrag haben die Wählerinnen und Wähler den politischen Vertretern unseres Volkes erteilt. Allerdings tragen wesentliche Mitverantwortung auch die Verantwortlichen in der Wirtschaft, in den Verbänden und Interessengruppen. Deren Rat an die Politik darf nicht nur von der legitimen Wahrnehmung jeweils eigener partikularer Interessen bestimmt sein. Sie sind vielmehr auch dem Gemeinwohl verpflichtet.

Es geht bei der jetzt anstehenden Reform auch um die Beschneidung von Leistungen im Bereich der sozialen Sicherung. Die Widerstände dagegen sind groß. Auch in den Kirchen und auch in der Diakonie gibt es Stimmen, die die einschneidenden Konsequenzen bei anderen lieber sähen als im Bereich der eigenen Klientel. Es nutzt aber nichts, sich mit großem Geschrei auf einzelne, noch gar nicht im Detail entfaltete Vorschläge zu stürzen und sich damit zu begnügen, das Nichtzustandekommen eines Vorschlags als Erfolg zu feiern. Man kann mit guten Gründen in all den Fragen in unserer Kirche verschiedener Meinung sein, aber man muss sich auch darüber klar sein: Mit generellen Widerstandsaktionen gegen einzelne Teile des Vorschlagspakets kommt ein großer Wurf nie zustande.

Ich sage damit nichts anderes als das, was das Gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage 1997 unter dem Beifall von allen Seiten festgestellt hat, dass nämlich die Reformfähigkeit unter der ausgeprägten Mentalität der Besitzstandswahrung und unter dem Strukturkonservatismus leidet.<sup>11</sup>

Es wäre unverantwortlich, die erforderlichen Strukturreformen hinauszuschieben, bis die ersten sozialen Sicherungssysteme zusammenbrechen. Darum ist heute und nicht erst morgen Handeln angesagt. Hinzu kommt, dass sich die Notwendigkeit für Änderungen aus Entwicklungen ergibt, die weitgehend einer Steuerung entzogen sind: vor allem die demographische Entwicklung, die dazu führt, dass immer weniger Arbeitnehmern immer größere Lasten auferlegt werden, und der medizinische Fortschritt, der neben den segensreichen Aspekten auch zur Folge hat, dass sich der Versorgungs- und Betreuungsbedarf vor allem bei den älteren Menschen in den nächsten Jahrzehnten weiter erhöhen wird.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode in ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge kritisiert, dass die Anpassungslasten vor allem den Jüngeren aufgeladen werden und der Rentenbestand weitgehend verschont wird. Da die demographischen Veränderungen, die die Finanzierung der Rentenversicherung in Schwierigkeiten bringen, bereits heute spürbar sind, trat die EKD dafür ein, den Faktor der demographischen Veränderungen bei der Rentenformel so früh wie möglich wirksam werden zu lassen. Dies gilt auch heute noch.

Bei einer immer älter werdenden Bevölkerung steigen auch die Aufwendungen für das Gesundheitssystem. Die beiden Kirchen haben bereits in ihrem Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen

---

<sup>11</sup> Vgl. Gemeinsames Wort Ziff. 10: „Eine wesentliche Bedingung für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft war ihre beständige Verbesserung. Das setzt Reformfähigkeit voraus. Heute dagegen sind Besitzstandswahrung und Strukturkonservatismus weit verbreitet, und zwar auf allen Seiten. Besitzstandswahrung darf nicht zu einem Kampfbegriff in der Diskussion um den Umbau des Sozialstaats werden. Auch die Verteidigung von Besitzständen an Subventionen und steuerlichen Vorteilen verhindert Reformen.“

und sozialen Lage auf den im Gesundheitswesen bestehenden Reformbedarf hingewiesen. Gleichzeitig haben sie aber auch vor solchen gesetzlichen Eingriffen gewarnt, die „einem Entsolidarisierungsprozess Vorschub leisten und Einkommensschwache in unvertretbarer Weise benachteiligen“ (vgl. Gemeinsames Wort, Ziff. 185).

Damit ist das Problem beschrieben: Es muss zu Strukturreformen kommen, damit das Gesundheitswesen in Deutschland dauerhaft stabilisiert wird und dadurch zur Ruhe kommt. Dies muss auf einem Wege geschehen, der die Eigenverantwortung stärkt, gleichzeitig aber nicht aus dem Auge verliert, dass es Kranke gibt, die in besonderer Weise auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen sind. Ich denke dabei an die chronisch Kranken.

Der Rat der EKD hat sich im vergangenen Jahr auf der Grundlage einer Ausarbeitung der Kammer für soziale Ordnung in die Diskussion eingeschaltet und unter der Überschrift „Solidarität und Wettbewerb“ für mehr Verantwortung, Selbstbestimmung und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen plädiert. Es heißt dort: Mitverantwortlichkeit "kann ... nur durch Eigenverantwortlichkeit jedes einzelnen Mitglieds der Solidargemeinschaft zum Tragen kommen – dies vor allem bei knapper werdenden Ressourcen“ (Abschnitt 6 der Stellungnahme). Gleichzeitig wird unter Hinweis auf den Satz aus dem Brief des Paulus an die Galater „Einer trage des anderen Last“ darauf hingewiesen, dass es durchaus zu den ethischen Anforderungen eines solidarischen Sicherungssystems gehören kann, „auf die Inanspruchnahme von Leistungen, die man auch selbst erbringen kann, zu verzichten, um anderen, die darauf angewiesen sind, den Zugang auf Dauer offen zu halten“ (Abschnitt 5 der Stellungnahme).

Ein weiterer Bereich, in dem nach wie vor höchster Reformbedarf besteht, ist die Arbeitsmarktpolitik. Man wird auch auf diesem Felde nicht erwarten dürfen, dass einzelne Maßnahmen und Regelungen für sich schon die Hauptimpulse für den Abbau der Arbeitslosigkeit liefern könnten. Aber ein weiterer Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit ist ebenso gefährlich wie eine Verdrängung der über Fünfzigjährigen aus dem Arbeitsleben. Eines wird in Zukunft gelten: Ungleich wichtiger als alles, was von staatlicher Seite an Anregungen kommen muss, sind nachhaltige Entscheidungen jedes einzelnen Unternehmens. Das Land braucht eine Umkehr der Philosophie, wonach Wachstum automatisch Arbeitsplätze schafft. Es müssen vielmehr Arbeitsplätze geschaffen werden, die Wachstum schaffen.

Die Entwicklung der letzten Monate hat jedenfalls die Dringlichkeit einer durchgreifenden Reform bestätigt, denn es geht nicht um abstrakte Statistiken, sondern um die Lebensschicksale von über viereinhalb Millionen Männern und Frauen, die in Deutschland arbeitslos sind. Sie sind nicht nur uns, denen die Partizipationsmöglichkeiten aller Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens am Herzen liegt, ein Stachel im Gewissen, sondern sie zwingen alle diejenigen zum Handeln, die in Politik und Wirtschaft besondere Verantwortung für den sozialen Frieden in unserem Land tragen.

## 5. Schluss

Der ADAC war nach jüngsten Umfrageergebnissen Spitzenreiter in der Kategorie der Institutionen, denen die Menschen Vertrauen entgegenbringen. Sie sind sich sicher, gelben Engeln zu begegnen, wenn sie mit einer Panne an der Autobahn liegen geblieben sind. Für die Unfälle und Risiken des Lebens und des Sterbens sind Rettungsdienste wohl nicht so leicht zu identifizieren. Die Umfrageergebnisse über das Zutrauen zu Institutionen haben für unsere Kirche nur eine mittlere Position erbracht.

Wie immer die Seriosität solcher Umfragen einzuschätzen ist - Vertrauen in unsere Kirche wächst, wenn wir die gute Botschaft Gottes redlich ausrichten:

- Dazu gehört das deutliche Bemühen um eine dem Menschen zugewandte Sprache.
- Dazu gehört ein Lebensengagement von Christen und Christinnen, das Worte und Taten in einer glaubwürdigen Beziehung erscheinen lässt.
- Dazu gehört, dass unsere Stellungnahmen zu Fragen der Ethik und der Politik ihre Herkunft aus dem Hören auf Gottes gute Nachricht erkennen lassen.

Das JAHR DER BIBEL und der Ökumenische Kirchentag sind gute Gelegenheiten, das gemeinsame Zeugnis der Kirchen ins Land zu tragen.

Das JAHR DER BIBEL wird von vielen Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen als große Chance genutzt. 15.000 Gemeinden mit über 100.000 Einzelveranstaltungen deuten auf ein hohes Engagement. Die öffentlichen Medien haben der Bibel eine erstaunlich hohe Aufmerksamkeit entgegengebracht.

Zum Ökumenischen Kirchentag werden 200.000 Teilnehmende erwartet. Welch große Chance eröffnet sich da! Gebe Gott, dass der Kirchentag zu einem lebendigen und frohen Ereignis wird, das Menschen ermutigt, in den Widersprüchen der Zeit dem Beispiel Jesu Christi zu folgen.

Gott hat sein Herz geöffnet, dass wir die Kräfte des Glaubens bündeln und auf das hin ausrichten, was gut ist und was dem Leben dient.